

## Notizen

Wenige Wochen nach seinem spektakulären Ski-Ausflug mit Staatspräsident *Sandro Pertini* in die Adamello-Gruppe (18./19. Juli) besuchte Johannes Paul II. die Hafen- und Fischerstadt Fano (12. August) an der mittellitalienischen adriatischen Küste. Er feierte an der Küste mit mehreren Tausend Gläubigen einen Gottesdienst, segnete von einem Fischerboot aus das Meer und seine „Arbeiter“ und traf sich mit einer größeren Gruppe von ihnen zu einem Essen, an dem an der Seite des Papstes auch der aus der Gegend stammende stellvertretende italienische Ministerpräsident *Arnaldo Forlani* (DC) teilnahm.

Eine Revision des Konkordats zwischen dem Vatikan und Haiti von 1860 wurde am 8. August in Port-au-Prince von Erzbischof *Silvestrini* und dem haitianischen Außenminister *Jean-Robert Estime* unterzeichnet. Geändert wurden im Sinne des Zweiten Vatikanums vor allem die Bestimmungen über Bischofsernennungen. Künftig soll auch in diesem Lande die Ernennung der Bischöfe ohne direktes Mitspracherecht der Regierung und damit ausschließlich Angelegenheit des Apostolischen Stuhles sein. Ein beträchtlicher indirekter Einfluß der Regierung bleibt indes erhalten. Die Bischöfe müssen aber natianische Staatsbürger sein, und ihre Namen müssen vor der Ernennung der Regierung mitgeteilt werden, damit diese gegebenenfalls politische Bedenken äußern kann. Der Eid, den die Bischöfe gegenüber dem Staat zu leisten haben, soll diese auf das Gemeinwohl des Landes und auf die „Interessen der Nation“ verpflichten.

Zum Auftakt einer Ratstagung des Baptistischen Weltbundes Ende Juli in Berlin fand eine erste Konsultation im Rahmen des *offiziellen Dialogs zwischen Baptistischer Weltbund und Katholischer Kirche* statt. Thema der Konsultation, die auf baptistischer Seite vom US-Amerikaner *David T. Shannon* und auf katholischer Seite von Weihbischof *Bede Heather* (Sidney) geleitet wurde, war „Evangelisation – die Mission der Kirche“. Die nächste Gesprächsrunde soll im Juni 1985 in Kalifornien stattfinden und sich mit dem Thema „Berufen zum Zeugnis in Christus“ beschäftigen. Dem Baptistischen Weltbund gehören 127 selbständige Gemeindebünde in 90 Ländern der Erde mit zusammen etwa 34 Millionen Gläubigen an.

Zum neuen Apostolischen Nuntius in Deutschland wurde Anfang August Titularerzbischof *Josip Uhač* ernannt. Der 1924 in Kroatien geborene Uhač, der die Nachfolge von Nuntius *Guido Del Mestri* antritt, gehört seit 1954 dem diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls an. Von 1960 bis 1965 war er als Auditor an der

Bonner Vatikanbotschaft tätig. Als Pro-Nuntius wirkte Uhač nacheinander in Pakistan, Kamerun und zuletzt seit 1981 in Zaire.

Das *Bischöfliche Hilfswerk Misereor* konnte im Jahre 1983 das bisher höchste Aufkommen an Spenden verzeichnen. Von den gespendeten 114 Millionen DM entfielen allein 87 Millionen auf die Fastenkollekte. Nach Angaben des Hauptgeschäftsführers von Misereor und stellvertretenden Vorsitzenden der katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Prälat *Norbert Herkenrath*, lag die Gesamtsumme für die 1983 bewilligten 2392 Entwicklungsmaßnahmen bei 235,2 Millionen DM. Zurückzuführen sei dieses Ergebnis auch auf das gewachsene Kirchensteueraufkommen sowie die erhöhten Zuwendungen durch die Bundesregierung an die Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Auch für das laufende Jahr gehe der Trend im Spendenergebnis voraussichtlich weiter nach oben.

Der Zentralverband des *Deutschen Caritasverbandes* veröffentlichte zur Frage der *Situation von Muslimen in der Bundesrepublik* eine Erklärung. Darin heißt es, daß die Nachbarschaft von Christen und Muslimen neue Möglichkeiten der Begegnung schaffe, wie sie die Katholische Kirche seit dem Konzil anstrebe. Die Caritas habe im Zusammenhang mit dieser Frage in der Öffentlichkeit wie innerkirchlich zur Gestaltung einer „Kultur der Liebe und Solidarität zwischen der einheimischen Bevölkerung und der muslimischen Minderheit“ beizutragen. Der Deutsche Caritasverband vermittele seine Hilfen allen Menschen, welche sich in Not um Hilfe an ihn wendeten, ohne nach Religion, Rasse, nationaler Herkunft oder politischer Einstellung zu fragen.

Jüngste Äußerungen des FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher*, und des Generalsekretärs der FDP, *Helmut Haussmann*, legen den Schluß nahe, daß sich die Liberalen um ein besseres Verhältnis zu den Kirchen bemühen. So stellte Haussmann in einem Gespräch mit KNA fest, trotz traditionell distanzierter Haltung der FDP gegenüber der katholischen Kirche gebe es grundsätzliche Gemeinsamkeiten. Genscher schrieb im FDP-Pressedienst, die Partei sei gut beraten, wenn sie ohne Verleugnung ihrer Grundsatzzposition über das Verhältnis von Staat und Kirche die Möglichkeiten zu sachlicher Diskussion und praktischer Zusammenarbeit mit den Kirchen nutze. Mögliche Gemeinsamkeiten sahen Genscher mit Haussmann etwa in der Bewertung der *Gentechnologie*. Genscher nannte daneben auch die Diskussion über die menschlichen Aspekte der *Ausländerpolitik*.

In einer Stellungnahme zur *Ordnung des Rundfunkwesens* in der Bundesrepublik hat der *Rat der EKD* die „besondere Bedeutung und die kulturelle wie integrative Funktion“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hervorgehoben. Die Evangelische Kirche setze sich auch künftig für den Bestand, die Funktion und die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Sie halte an ihren bewährten Beziehungen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest. Das schließe die Teilnahme an neuen, privatrechtlich organisierten Rundfunkveranstaltungen nicht aus: „Die Evangelische Kirche wird in jedem Einzelfall prüfen, unter welchen Bedingungen sie sich beteiligen kann.“ Ein System lokaler, nichtkommerzieller Rundfunk-Veranstalter, so die EKD-Stellungnahme, verdiene, als Modell privatrechtlichen Rundfunks mehr bedacht zu werden. Die Evangelische Kirche setze sich dafür ein, die Modelle für einen „Lokalrundfunk der Bürger“ zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Die *Bischöfe von Mosambik* haben in einem Hirtenbrief das unlängst geschlossene Abkommen zwischen ihrem Land und Südafrika als Schritt zum Frieden begrüßt. Sie sprechen sich gegen Gewalt als Mittel zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme aus und forderten ein Ende der Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und der bis zum jetzigen Abkommen von Südafrika unterstützten Widerstandsbewegung MRN. Die Regierung wird in dem Hirtenbrief aufgefordert, sich mehr um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu bemühen. Der Kampf gegen Hunger und Elend dürfe sich nicht auf Anklagen gegen den Kolonialismus beschränken. Gleichzeitig beklagen die Bischöfe illegale und willkürliche Aktionen von Polizei und Militär.

### Hinweis:

*Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Papst-Besuch in der Schweiz und speziell der von Johannes Paul II. vorgenommenen Priesterweihe in Sitten (vgl. HK Juli 1984, 334) wurde die Redaktion von den dafür zuständigen Stellen des Bistums Basel darauf hingewiesen, daß der Papst keine Gepflogenheit des Bistums Basel übergangen habe. Ursprünglich sei nur die Weihe der Walliser Priesteramtskandidaten durch den Papst geplant gewesen. Der Bischof von Basel habe den Priesteramtskandidaten seines Pastoralurses die Möglichkeit eröffnet, durch den Papst in Sitten geweiht zu werden. Im Einverständnis mit dem Bischof hätten drei von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und zwei sich im Rahmen der schon seit langem geplanten Feier von Weihe und Indienstnahme von Priestern und Laientheologen in einer Pfarrgemeinde des Bistums weihen lassen.*